

Die Bundeswehr muss sich neu positionieren

Ausschlaggebend sind die Wünsche der Amerikaner und der Vergleich mit anderen Europäern

Die Bundeswehr hat vor einigen Wochen Rüstungsvorhaben im Gesamtwert von rund sechs Milliarden Euro parlamentarisch bewilligt bekommen. Gut für die Bundeswehr. Gleichzeitig stehen die deutschen Streitkräfte aber vor Herausforderungen, die zu ganz neuen Bewertungen führen.

Die neue Bundesregierung wird nach der Wahl im September einen Kassensturz vornehmen, der den Wehretat nicht verschont. Abhängig von der Regierungskonstellation kommt die Wehrpflicht auf den Prüfstand. Von den fünf im Bundestag vertretenen Parteien plädieren vier für das „Aussetzen“ beziehungsweise die Abschaffung der Wehrpflicht.

Allein ein nicht steigender Wehretat ist schon strukturelevant – und hat damit Auswirkung auf das politisch sensible Feld der Stationierung in der Fläche. Da sind Ministerpräsidenten, Abgeordnete, Bürgermeister und Landräte schnell auf den Barrikaden, wenn Standorte abgebaut werden. Und dies alles vor dem Hin-

tergrund der Realität in Afghanistan (Die Bundeswehr steht im Kampfeinsatz!), die manche nur ungern zur Kenntnis nehmen, und dem wachsenden demografischen Druck.

Hinzu kommt eine relativ junge Entwicklung: Es hat in Berlin den Anschein, als ob die Obama-Regierung ihre strategische Partnerschaft über den Atlantik hinweg überprüft. Zur Bekämpfung der globalen Finanz- und Währungskrise braucht Washington die beiden Führungsstaaten in der Euro-Zone – Frankreich und Deutschland – als strategische Partner. Ein wichtiges Thema in diesem Zusammenhang ist der Aufstieg Chinas. Er hat neben der militärischen auch eine finanz- und währungspolitische Dimension. Das Reich der Mitte hat die Systemfrage gestellt: Muss der Dollar die unangefochtene internationale Leit- und Reservewährung bleiben? Somit könnte der Euro für den Dollar aus amerikanischer Sicht eine „strategische Partnerwährung“ werden. Und hier sind Paris und Berlin gefragt, nicht Brüssel oder London.

Angesichts dieses Paradigmenwechsels sind die militärischen Anstrengungen Europas neu zu bewerten. Paris und London müssen sich kritisch fragen, ob sie das Wettrennen mit Washington, das dem von Hase und Igel gleicht, mit Blick auf militärischen Großmachtstatus fort-



HEINZ SCHULTE

Chefredakteur
Griephan

setzen können und wollen. Die Zahlen sprechen dagegen: Die Vereinigten Staaten geben für Verteidigung ungefähr so viel aus, wie nahezu alle anderen Staaten gemeinsam.

Gut möglich, dass Washington an einem „gediegenen“ europäischen Solidarbeitrag in Form militärischen Engagements in Afghanistan interessiert ist, ohne aber die Europäer zu

überfordern oder politisch unrealistische Erwartungen zu hegen. Schließlich werden Paris und Berlin auch an der politischen Front in Fernost gebraucht. Nicht auszuschließen daher, dass die militärische Messlatte im Wüstensand Afghanistans eine europäische ist. Will sagen: Der deutsche Beitrag misst sich eher an den Leistungen der europäischen Partner als an denen Washingtons. Doch gerade das kann bei kritischer Nachfrage für Berlin unangenehm werden. Schließlich lässt man sich ungern ans Portepée der europäischen Solidarität fassen.

Bündelt man die Herausforderungen – Überprüfung der Verteidigungsausgaben, demografische Entwicklung und Neubestimmung der transatlantischen Prioritäten –, dann wäre es ratsam, sich mit einem weißen Blatt Papier ins Eifelkloster Himmerod zurückzuziehen. Dort waren im Oktober 1950 die Grundlagen eines westdeutschen Verteidigungsbeitrags in einer Denkschrift festgehalten worden. Für Himmerod II müssen folgende Fragen von der

neuen Bundesregierung beantwortet werden: Will Berlin in einer Liga mit Paris/London oder eher mit Madrid/Rom spielen? Wie groß soll der Personalumfang der Bundeswehr sein im Vergleich zu den europäischen Referenzpartnern? Welche Zahl an jungen Männern und Frauen stehen der Bundeswehr künftig realistisch zur Verfügung? Wie hoch soll der Verteidigungsetat sein?

Beim Umfang der Bundeswehr ist die Zahl 200 000 plus eine brauchbare Vergleichsgröße zu Paris und London. Ein Budget von 30 Milliarden Euro für die Verteidigungsausgaben (im Haushaltsentwurf für 2010 stehen 31 Milliarden) sollte nicht unterschritten werden. Damit zeichnet sich ganz grob die künftige Größe der Bundeswehr als Einsatzarmee ab.

Die Frage nach der Wehrpflicht spielt letztlich eine nachrangige Rolle. Aber, wie gesagt: Da sind ja noch die Ministerpräsidenten, Abgeordneten, Bürgermeister und Landräte!

gastautor@handelsblatt.com